



Vorlage Nr.

T a g e s o r d n u n g s p u n k t 5

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Mainz-Kastel am 18. November 2025

Ansiedlung der Hessischen Landespolizei (SV 110)

Gemeinsamer Antrag der AUF-Fraktion und CDU-Fraktion zur Sitzungsvorlage 25-V-23-0209:

Der Ortsbeirat wolle beschließen:

Der Ortsbeirat Mainz-Kastel nimmt die Sitzungsvorlage 25-V-23-0209 zur Kenntnis und bittet den Magistrat, die unten genannten Punkte 1 bis 3 bei der weiteren Planung und Umsetzung der Ansiedlung zu berücksichtigen.

Der Ortsbeirat Kastel knüpft seine Zustimmung an folgende Anregungen zur weiteren Planung und Umsetzung:

1. Nachnutzung der Mudra-Kaserne

Mit dem Umzug der Landespolizei in das Gewerbegebiet Petersweg Ost wird die bisher genutzte Mudra-Kaserne in der Wiesbadener Straße frei. Der Ortsbeirat bittet den Magistrat, frühzeitig die städtebauliche Entwicklung dieser Fläche vorzubereiten und dort Flächen für den Gemeinbedarf (Sozial und Bildungseinrichtungen) und Wohnbebauung mit einem entsprechendem Anteil an geförderten Wohnungen zu ermöglichen. Damit kann ein Beitrag zur sozialen Durchmischung und zur Entlastung des Wiesbadener Wohnungsmarktes geleistet werden.

2. Klimaschonende Bauweise und ökologische Begleitung

Die Neuansiedlung einer großen Liegenschaft im Petersweg Ost wird die lokalen Klimabedingungen spürbar beeinflussen. Der Ortsbeirat fordert, bei der Bebauung auf eine energieeffiziente, ressourcenschonende und klimaverträgliche Bauweise zu achten. Dies sollte durch ein unabhängiges Fachgutachten begleitet werden, das auch Fragen der Grünflächen- und Regenwassergestaltung einbezieht.

3. Verkehrliche Auswirkungen und Mobilitätskonzept

Durch die neuen Beschäftigten und Dienstfahrzeuge ist mit einem deutlich erhöhten Verkehrsaufkommen im Umfeld des Gewerbegebiets zu rechnen.

Der Ortsbeirat bittet den Magistrat, ein Verkehrsgutachten vorzulegen, das die zusätzlichen Belastungen insbesondere für die Boelckestraße, den Petersweg und das angrenzende Wohngebiet untersucht.

Das Gutachten soll Vorschläge für eine nachhaltige, umweltfreundliche Mobilitätsplanung (ÖPNV, Radverkehr, E-Mobilität) enthalten.

Beschluss Nr. 0139

Der gemeinsame Antrag der AUF-Fraktion und CDU-Fraktion wird antragsgemäß beschlossen.

+

+

Verteiler:

Dez. I

z. w. V.

Bohrer
Ortsvorsteher